

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anwerbe die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Abbestellung für die Anzeigen des Tagesblattes für das Erzgebirge, unter Angabe des Namens, der Adresse, des Postamtes, des Zeitraumes, der Zeit und des Geldbetrags, an die Redaktion, Postfach 1000, Leipzig, Nr. 190.

Telegramme: Kogelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 130

Dienstag, den 8. Juni 1926

21. Jahrgang

Wolkenbrüche über der Lausitz.

Drohende Hochwassergefahr. Riesige Ernteschäden.

Schlegelwalde, 6. Juni. Nachdem die Oberlausitz erst am Mittwoch voriger Woche von einem Unwetter schwer heimgesucht worden ist, haben die wolkenbruchartigen Regenfälle, die während des ganzen Sonnabends über der Lausitz und dem angrenzenden Böhmen niedergegangen sind, erneuten großen Schaden angerichtet, so daß das jetzt heimgesuchte Gebiet ungleich umfangreicher ist als je. Die Felder, namentlich die an den Berghängen gelegenen, sind ausgepült und verschlammte, die Hackfrüchte zum Teil fortgeführt. In den tiefer gelegenen Gegenden stehen die Felder unter Wasser. Die Getreidefelder sind umgelegt.

Königswarttha, 6. Juni. Während das Hochwasser im Oberland südlich von Bautzen im Laufe des Sonntags fiel, war es im Niederland nördlich von Bautzen nach der preussischen Grenze zu im stetigen Steigen begriffen. Hier wirkte es sich mit noch größerer Heftigkeit aus, weil das Land vollkommen eben ist und das Wasser ungehemmt in die Breite fließen kann. Hunderte von Tischen, Litwässern und toten Armen füllten sich

schnell und verbanden sich untereinander, die Wiesen weit unter Wasser liegend. In Nieder-Gurig steht das Hochwasser bis an das Rittergut heran. Am meisten betroffen ist der Ort Briesling.

Hier überflutet das Hochwasser die Dorfstraße bis zu einem halben Meter Höhe.

während es in den Seitenstraßen in Bächen in Straßenbreite abfließt. Der Fuß- und Fahrverkehr von einem Ende des Dorfes zum anderen ist unterbrochen. Das Wasser steht in den Kellern und Wohnungen.

Die Elbe steigt.

Dresden, 6. Juni. Infolge der außerordentlich starken Regengüsse ist der Elbpegel bei Dresden vom Sonnabend zum Sonntag um 1 1/2 Meter gestiegen. Der Dresdner Pegel zeigte am Sonnabend 46 unter Normalnull und am Sonntag 1.07 über Normalnull. Weiteres Ansteigen ist zu erwarten. Die Elbdäler sind größtenteils überschwemmt worden.

Linksruck in Mecklenburg.

Mecklenburgische Landtagswahlen.

Schwerin, 7. Juni. Um ein Uhr vormittags lag das Ergebnis der Landtagswahlen aus 1138 von insgesamt 1412 Bezirken vor. Es fehlen also noch 274 Bezirke. Das vorläufige Ergebnis lautet: Deutschnationale 57 302, Sozialdemokratische 101 637, Deutschbolschewistische 23 843, Kommunisten 17 200, Deutsche Volkspartei 21 475, Demokraten 7930, Gruppe für Volkswohl 7163, Wirtschaftspartei 15 806, Nationalsozialistische Arbeiterpartei 4185.

Berlin, 7. Juni. Zu den bisher vorliegenden Ergebnissen der Landtagswahlen in Mecklenburg schreibt die Montagspost, daß die Sozialdemokraten einen großen Sieg errungen hätten, da sie ihre Stimmen nahezu verdoppelten. Auch der Montagmorgen, der die starke Stimmeneindebnis der Bolschewisten und der Deutschnationalen hervorhebt, spricht von einem Linksruck in Mecklenburg.

Volksentscheid in Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 6. Juni. Vorläufiges Ergebnis der heute vorgenommenen Abstimmung zum Volksentscheid über die Frage des Anschlusses des Freistaates Schaumburg-Lippe an den Staat Preußen stimmten mit ja 8518, dagegen stimmten mit nein 9881. Die Ergebnisse aus 17 Ortsteilen stehen noch aus. Man kann aber mit Bestimmtheit annehmen, daß sich an dem Resultat der Ablehnung des Antrags nichts mehr ändern wird.

Die Großdeutschen zur Anschlussfrage.

Frankfurt, 6. Juni. Auf dem Großdeutschen Parteitage wies Parteivorsitzender Dr. Botawa in einer Ansprache auf die Bedeutung hin, die den diesjährigen Beratungen des Parteitages zukomme und erklärte zur Anschlussfrage, daß Oesterreich nicht gegen die bestehende Ordnung in Europa und gegen die Friedensverträge Gewalt oder politische Intrigen anwenden könnte, daß aber den Deutschen Oesterreichs andere Wege zur Verfügung ständen, um gegen diese Verträge anzukämpfen. Das wichtigste dieser Mittel sei das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Dr. Botawa schloß mit der Hoffnung, daß der Tag nicht fern sein möge, an dem sich der alte deutsche Sehnsuchtsraum erfüllen werde.

Der Abschluß der Lübecker 700-Jahr-Feier.

Lübeck, 6. Juni. Der letzte Tag der 700-Jahr-Feier, dem Festgottesdienste in allen Kirchen einleitete, hat noch einmal gewaltige Besuchermassen, deren Zahl alle Erwartungen übertrifft, nach Lübeck gebracht. In den Straßen, die der Festzug passierte, kauete sich die Zuschauermenge. Unter sonnigem Himmel bot die Stadt im Schmuck der Fahnen und Girlanden ein ungemein festliches Bild. Eine Stunde lang währte der Vorbeimarsch der bunten Gruppen des in seinem Farbenwechsel zu einem geschmackvollen Bild komponierten Festzuges, der die Entwicklung der Jubilarin Lübeck von der Erlangung der Reichsfreiheit bis zur Gegenwart darstellte. Mit besonderem Jubel begrüßte die Menge die hinter der abschließenden Bahngruppe des Festzuges mit klingendem Spiel marschierende Mannschaft der „Emden“. Nachmittags fand vor der Stadt ein leider durch Gewitter beeinträchtigtes großangelegtes Volks- und Heimfest statt.

Die Besatzungsmacht in Hessen.

Berlin, 6. Juni. Wie die Blätter aus Hessen erfahren, sind zurzeit in Mainz-Hessen 1770 Franzosen und 500 Engländer garnisoniert. Die englisch-französische Besatzungsmacht in Hessen ist um 80 Prozent größer als die deutsche vor dem Kriege.

Dr. Dorpmüller Nachfolger Dr. Desers.

Berlin, 6. Juni. Nach einer Meldung ist die Wahl des stellvertretenden Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller zum Nachfolger des verstorbenen Generaldirektors Dr. Deser im Verwaltungsrat einstimmig erfolgt.

Wupelsu gefangen!

Paris, 7. Juni. Eine vom „Reuvoir Parado“ veröffentlichte Depesche aus Peking besagt, daß nach einer unbesichtigten Nachricht Wupelsu, als er sich auf dem Wege nach Peking befand, um mit Tchangschin zu verhandeln, von untrou gewordenen Elementen seiner eigenen Armee gefangengenommen worden sei.

Die Lage in Portugal.

Lissabon, 7. Juni. Habas meldet: General Gomez Costa ist an der Spitze seiner Truppen unter dem Befehl der Bevölkerung in Lissabon eingezogen. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die als Minister für Landwirtschaft, für Finanzen und für den Handel in Aussicht genommenen zivilen Persönlichkeiten haben ihre Mitarbeit abgelehnt. An ihre Stelle treten nunmehr zwei Generale und ein Oberst.

Aufhebung des portugiesischen Parlaments.

Paris, 8. Juni. Wie Habas aus Lissabon berichtet, hat die Regierung durch Dekret das Parlament und sämtliche Parlamentsausschüsse aufgelöst.

Russische Angriffe gegen Pilsudski.

Trotz der Verhandlungen zwischen dem polnischen Gesandten in Moskau mit der Sowjetregierung haben sich die Beziehungen zwischen Polen und Rußland verschlechtert. Wie verlautet, hat die Sowjetregierung ihre Vorschläge über einen Garantiepakt mit Polen endgültig zurückgezogen und auf Handelsvertragsverhandlungen verzichtet. Zum ersten Male richtet heute die russische Presse scharfe Angriffe gegen den Marschall Pilsudski sowie die Regierung Warschau.

Die Lage in Marokko noch ungeklärt.

Paris, 6. Juni. Der Berichterstatter der „Paris Wldt“ in Taza berichtet: Die Stämme der Beni Urtagh sammeln sich von neuem. Sie sind im Begriff, einen Nachfolger Abd el Krims zu wählen, um den Kampf gegen die Spanier aufzunehmen. Mit dem Stamm der Sofuja stehen die Spanier seit dem 2. Juni bereits wieder in Kampf. Die spanische Zone, so erklärt der Berichterstatter, ist noch nicht unterworfen. Überall sind Rebellen zu verzeichnen. Er fordert deshalb die französische Regierung auf, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um ein Uebergreifen dieser Bewegung auf die spanische Zone zu verhindern.

Das neue Gebäude des internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 6. Juni. Das internationale Arbeitsamt hat heute in feierlicher Weise von seinem in den letzten drei Jahren errichteten Gebäude Besitz genommen. Unter dem Vorsitz des Verwaltungsrates Fontaine-Franca begab sich um 10 Uhr in dem großen Genfer Versammlungssaal der Fesstakt, dem Vertreter des schweizerischen Bundesrates, die Spitzen der Genfer Behörden, eine imposante Anzahl von Regierungsdirektoren, Sozialpolitiker, Vertreter des Unternehmertums und der Arbeiterwelt aller Erdteile teilnahmen, darunter auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. 29 namhafte Vertreter aller Erdteile übermittelten dem Arbeitsamt im Namen ihrer Regierungen, der Unternehmer und der Arbeiter die besten Wünsche. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führte in seiner Rede aus:

Wenngleich Deutschland nicht zu den ursprünglichen Mitgliedern der internationalen Arbeitsorganisation gehörte, so hat es doch keinen Augenblick gezögert, sondern die erste Gelegenheit des Anschlusses an diese Organisation benutzte, um seinen ersten Willen zur Sozialpolitik und zur internationalen Förderung des sozialen Fortschrittes zu bekunden. Von dieser Gesinnung getragen, hat Deutschland es sich nicht nehmen lassen, seine guten Wünsche zu der heutigen Fesstakt auch durch ein äußeres Zeichen zu bekunden. Die für das Fenster der Treppenhalle von Deutschland gestiftete Glasmauer will die Bedeutung der Arbeit für das Leben der Völker sinnbildlich darstellen.

Führende Geister aller Nationen haben seit fast einem Jahrhundert die Wege zu besseren sozialen Leben gesucht und gebahnt, die dem Arbeiter das Gefühl seines persönlichen Wertes gibt. Mit der zunehmenden Verschlechterung der einzelnen Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft mußten diese Bestrebungen gemeinsame Anstrengungen aller Völker werden. So wuchs organisch die internationale Arbeitsorganisation. Der erste Sinn jeder sozialen Ordnung ist die Befriedigung der Menschen. Darum werden, wer sich zur Arbeit bekennt, sich auch immer zum Frieden bekennen müssen.

Der französische Arbeitsminister Durafour gab die feierliche Erklärung ab, daß nach der Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch die Kammer nunmehr auch der Senat in kurzer Frist diese Konvention ratifizieren werde. Nach feierlicher Uebergabe von drei goldenen Schlüssel an die Vertreter der Regierungskräfte, der Arbeitnehmergruppe und der Arbeitgebergruppe klang der Fesstakt in einer Rede des Direktors Albert Thomas aus, der alle Faktoren der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik würdigte.

Unsicherheit deutschen Eigentums in der Tschechoslowakei.

Das Blatt „Cesko slovo“ der nationalsozialistischen Partei, die stets durch einflussreiche Minister in der Regierung vertreten war, bespricht mit Vorliebe den Gedanken, die rechtsmüßigen, selbst von einseitigen Tschechen wiederholt gebrandmarkten Methoden der „Bodenreform“ auch auf die deutsche Privatindustrie anzuwenden. „Bei Durchführung der Bodenreform“, so schrieb das Blatt schon vor zwei Jahren, „muß auch die Industrie nationalisiert werden. Einzig die Rücksicht auf den Staat und die tschechische Nation soll entscheiden!“ Noch deutlicher spricht sich das Blatt in seiner Folge vom 21. Mai aus. Es spricht von der angeblichen Gefahr, die in der volkswirtschaftlichen Kraft der Deutschen liegt und fährt dann fort: „Die aus Berlin und Wien in die Tschechoslowakei übergesiedelten großen Gesellschaften bedrohen nicht nur die staatliche Existenz (!), sondern auch unsere Nation. Deshalb muß unsere nationale Bewegung sich nunmehr in dieser Richtung bewegen. Sollte es nicht anders gehen, so müßte in das Privateigentum eingegriffen werden durch Verstaatlichung und Nationalisierung der großen deutschen wirtschaftlichen Zentren.“ Die gleichen Gedanken sind schon oft auch in tschechischen Kongressen vertreten und von der Regierung nicht unbeachtet gelassen worden. Beweise dafür liefern u. a. die durch den Druck der Regierung erzwungene Tschechisierung der technischen Beamtenschaft in den deutsch-böhmischen Kohlenbergwerken und in den Riefenwerken von Wittowitz und Mährisch-Odrau, für deren Zwangsverstaatlichung auch Dr. Kramarsch offen eingetreten ist. — Bei den Friedensverhandlungen haben die Tschechen die Einpferchung der Sudetendeutschen in ihren Staat durch den Hinweis erwirkt, daß dieser Staat ohne die deutsche Industrie nicht lebensfähig wäre, und nun soll diese durch einen „Eingriff in das Privateigentum“ in die Hände des Staates und des tschechischen Volkes überführt werden! Es wird immer deutlicher, daß ein Großteil der tschechischen Politiker von Anfang an die Deutschen nur als ein Ausbeutungsobjekt angesehen hat.

erge.
ilberoda
täten.
Ball.
Leichenring
beroda.
ustlugsort.
Schattiger,
ner Garten.
tädte!
Tel. 257
m Robumbob
aal
nd Biere
r.
interling.
eustädte!
n Plätze.
flögler.
ditorel.
Alex Bayer.
esberg
Herrl. Fernsicht.
chulen.
wirtung.
eberg
amer
usik
E. Biemann.
her Aufenthalt.
he Fernsicht.
Veranda.
re.
Preise.
Bedienung.
pfohlen.
lzteich
ingenshmer
illienaufenthalt
na
re
is empfohlen.
Rehner.
vönitz
Fremden,
u. Vereine.
Elite-Ball
linze.
illig.
st Uhlig.
r Post
Gnächtel.
ollitäten
m Hause.
einbach
genstadt.
ho Kücho.
testeile.